

Dem Untergang verfallen : vom Schicksal der deutschen Juraschulen

Autor(en): **Gschwender, G.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **19 (1963)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-420710>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sten ihrer schnitzer nicht allzu schwergewichtig, doch machen anzahl, häufigkeit und die weite resonanz dieser sendungen sie peinlich und gefährlich. (Fortsetzung folgt)

Dem Untergang verfallen

Vom Schicksal der deutschen Juraschulen

Noch vor einem Menschenalter gab es im Berner Jura rund dreißig deutsche Schulen. Viele von ihnen waren private Schulen und durften sich rühmen, älter als die öffentlichen Schulen der Umgebung zu sein. Ihre Gründung verdankten sie zum großen Teil Bauern, zum kleinern der Industrie, so etwa in St. Immer und im Birstal. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als das öffentliche Schulwesen noch in kläglichen Anfängen steckte, gründeten die auf den Jurahöhen wohnenden Täuferfamilien eigene Schulen, um die Kinder in ihrem biblischen Glauben zu unterweisen und ihnen den stundenlangen Weg zu den Schulen des Tales zu ersparen. Man ermißt heute kaum mehr, wieviel *Opfersinn* es brauchte, ohne staatliche Hilfe Schulhäuser zu bauen, Lehrkräfte zu besolden und eigene Schulen durchzuhalten. Diese Schulen erfüllten in aller Stille ihren Zweck: Sie halfen den Täufern, deren Vorfahren zumeist im 18. Jahrhundert als Glaubensflüchtlinge aus dem Emmental eingewandert waren, ihre deutsche Muttersprache und ihren Glauben zu bewahren. Über die noch heute bestehende Täuferschule von La Chaux-d'Abel äußerte sich 1891 der bernische Erziehungsdirektor Gobat, selber ein Welschjurassier, er halte sie für „eine der besten Schulen des Kantons“. Auf Gobats Anregung wurden diese Privatschulen nun *vom Staate unterstützt*, nahmen sie ihm doch eine Aufgabe ab, deren Erfüllung ihn selber wesentlich mehr gekostet hätte.

Zahlreichen Welschjurassiern waren die deutschen Schulen indessen ein Dorn im Auge. Nach ihrer Meinung sollten alle ihre deutschsprachigen Mitbürger die französische Sprache annehmen. Obwohl die deutschsprachigen Jurassier zu ihren Gunsten ins Feld führen konnten, daß Delsberg (Delémont) und andere Ortschaften seit dem Mittelalter eine sprachlich gemischte Bevölkerung hatten, verzichteten sie um des Friedens willen auf die Weiterführung ihrer Schulen und gaben so ihre angestammte Muttersprache preis.

Noch vor 1900 wurden die deutschen Schulen in Delsberg, Münster, Dachsfelden (Tavannes) und St. Immer *aufgehoben*. 1930 auch die von den von Roll'schen Eisenwerken unterhaltene deutsche Schule von Schwende = Choindez.

Was man den Deutschsprachigen in den Industrieorten zumuten konnte, verfiel jedoch nicht bei den deutschsprachigen Bauern auf ihren einsamen Höfen. Sie betrachteten sich nicht als assimilationspflichtige Zuwanderer, sondern als *Alteingesessene*, waren ihre Vorfahren doch zum größten Teil schon hier ansässig gewesen, bevor die Bundesverfassung von 1848 die Niederlassungsfreiheit einführte, ja sogar schon vor 1798, also noch in der Alten Eidgenossenschaft. Darin liegt ein ganz wesentlicher Unterschied gegenüber den welschen Uhrenarbeitern, die nach 1860 in *Biel* einwanderten und für die merkwürdigerweise die Assimilationspflicht nie geltend gemacht wurde. Die deutschsprachigen Jurabauern konnten das Ansinnen, ihre deutsche Muttersprache zugunsten des Französischen aufzugeben, guten Gewissens zurückweisen. Dabei verschlossen sie sich — auch darin anders als die Welschbieler — keineswegs der Einsicht, daß es in einem sprachlichen Mischgebiet von gutem ist, beide Sprachen zu beherrschen, und daß es einer Minderheit zum Schaden gereichen kann, wenn sie stur auf ihre Sonderart pocht. Die deutschen Jurabauern haben denn auch Wert darauf gelegt, daß ihre Kinder Französisch lernten, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Wer im Berner Jura beispielsweise eine Gewerbeschule besuchen will, muß französischem Unterricht zu folgen vermögen.

Gewisse Kreise der Welschjurassier machten es sich (teilweise unterstützt von Kulturorganisationen der französischen Republik) zur Aufgabe, die „Latinität“ des Juras in ihrer „Reinheit“ wieder auferstehen zu lassen, obwohl diese Reinheit nachweislich gar nie bestanden hat. Die deutschen Bergbauernschulen wurden andauernd auf schäbige Art bedrängt, bis sie sich, eine nach der andern, entweder *aufheben* oder in französische Schulen *umwandeln* ließen. Wenn irgendwo die Schülerzahl sank, ein Lehrer starb, eine Talgemeinde ein neues Schulhaus baute — gleich witterten die Feinde der deutschen Schulen Morgenluft. So verschwanden folgende deutsche Schulen:

1912 Münsterberg

1919 Chaluet

1935 Bardeau

1936 Sergent

1940 Bellelay

1948 Cortéchematten

1951 Le Perceux

Gegenwärtig bestehen von den dreißig deutschen Juraschulen noch fünf! Unerklärlich und höchst bedauerlich scheint es dem heutigen Betrachter, daß sich die Deutschjurassier nicht zur Abwehr zusammenschlossen und daß die Deutschschweizer von dieser Bedrängung ihrer Sprachgenossen überhaupt keine Notiz nahmen.

Erst 1962 wurde die Mauer des Schweigens durchbrochen, indem mehrere Berner Zeitungen den Fall der Schule *Schangisboden* aufgriffen. Diese von Täufern gegründete Bergschule, die von Kindern aus den weit verstreuten Einzelhöfen des vorderen Sonnenbergs besucht wird, geriet seit 1947 in immer größere Geldnot, weil sich die an ihrem Einzugsgebiet teilhabenden Gemeinden Tavannes, Tramelan, Sonceboz und Corgémont weigerten, ihre seit Jahrzehnten üblichen Jahresbeiträge zu entrichten, solange an der Schule (die ausschließlich von Deutschschweizerkindern besucht wird!) deutsch unterrichtet werde. Es war dies eine glatte Erpressung, die „das neu erwachte jurassische Selbstbewußtsein“ in ein merkwürdiges Licht rückte und jenen Geist der Verträglichkeit vermissen ließ, der bei gesamtschweizerischen Sprachregelungen den Minderheiten in reichem Maße zugute kommt. Kurz, 1962 gaben die Sonnenbergbauern der Erpressung nach. Ihr Schulhaus war baufällig, die einzige Klasse war überfüllt, einen ständigen Lehrer vermochten sie nicht mehr zu gewinnen. Nun übernimmt der Staat ihre bisherige Schule, baut ein neues Schulhaus und führt die Schule in zwei Abteilungen, selbstverständlich mit französischer Unterrichtssprache. Selbstverständlich? Uns scheint, daß hier eine kleine Minderheit *vergewaltigt* wurde, daß sie genötigt wurde, ihre Schule dem Staat zu verkaufen und — was mehr ist — die Sprache ihrer Väter zu verkaufen. Und warum dies? Damit einem Schlagwort Genüge getan sei, dem Schlagwort nämlich, daß der Berner Jura „lateinischer Boden“ sei, was geschichtlich gesehen eine Unwahrheit ist — man denke nur an das Laufental, wo man von Liesberg bis Duggingen ausschließlich deutsch spricht. Wäre es nicht möglich gewesen, die deutsche Schule von Schangisboden zu retten, etwa durch eine Geldsammung, durch ein jährliches „Schulopfer“? Schließlich ist die französische Schule in Bern jahrelang mittels privater und öffentlicher Gelder aus dem Welschland durchgehalten worden, bis der Bund 1960 einen Viertel der Betriebskosten übernahm.

G. Gschwender